

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. In den Sommermonaten 1,50 RM. Zusätzl. Verteilungs-Gebühren 10 Pf. Alle Anzeigen und Inserate werden unter Ausschluss der Verantwortung der Redaktion angenommen. Im Falle höherer Betriebsstörungen bleibt der Druck ohne Rücksicht auf den Inhalt stehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstraße 10. Jeder Abonnent erhält ein Exemplar der Zeitung oder Zeitungsteilung des Bezugspreises. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 276 — 93. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Dienstag, den 27. November 1934

## Der Prager Konflikt verschärft.

### Die Deutsche Universität geschlossen.

Wiedereröffnung wahrscheinlich erst nach Weihnachten.

Infolge der schweren Ausschreitungen der tschechischen Studenten gegen die Deutsche Universität in Prag und der äußerst gespannten Lage nach der erzwungenen Übergabe der Kleinodien wurden die Vorlesungen an der Deutschen Universität vorzeitig geschlossen. Da nach dem Verhalten der tschechischen Demonstranten noch weitere Unruhen zu befürchten sind, dürften die Vorlesungen erst nach Weihnachten wieder aufgenommen werden.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Erstürmung der deutschen Hochschule durch die Tschechen von langer Hand vorbereitet worden ist. Besonders peinlich ist die Tatsache, daß auch der Rektor der tschechischen Universität an den Ausschreitungen teilgenommen und dabei wiederholt Ansprachen an die Menge gehalten hat. Die Tschechen haben die Deutsche Universität innen teilweise stark beschädigt. Zahlreiche deutsche Studenten wurden im Verlauf der Kundgebungen und Unruhen brutal mißhandelt, darunter auch eine Studentin.

Universität, der man wenige Jahre nach dem Kriege Gründungsurkunde und Namen entriß; seit der Ausrufung des tschechoslowakischen Staates vom 28. Oktober 1918 ist das Leben der Deutschen dort ein ständiger Kampf um die primitivsten nationalen Rechte gewesen und ist es geblieben, ungeachtet der klaren Bestimmungen des Genfer Minderheitenabkommens, ungeachtet der wiederholten mähigenden Eingriffe des greisen Staatspräsidenten Masaryk zugunsten des starken deutschen Bevölkerungsanteils, wenn die tschechischen Verfolgungen und Schikanen sich zu einem europäischen Skandal auszuwachsen drohten.

Die Tschechei ist heute nächst Polen der Staat mit dem stärksten Minderheitenanteil der Bevölkerung in Europa. Es kommen auf 6,8 Millionen Tschechen 2,1 Millionen Slowaken, insgesamt 3,7 Millionen Deutsche, ferner 0,6 Millionen Ungarn, eine halbe Million Ruthenen und etwa 300 000 Juden. Im ganzen hat der tschechische Staat nicht weniger als 34,5 % Minderheiten, also mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Das sollte zur Duldsamkeit im allgemeinen und zur sozialen Beachtung der Minderheitenabkommen im besonderen veranlassen. Aber die Tschechen

haben sich um dieser Dinge schon herzlich wenig gekümmert, noch ehe sie sich der Gründung des Minderheitenabkommens durch Polen im September zusammen mit Rumänien angeschlossen. Bei der Friedfertigkeit der Deutschen wäre es den Tschechen ein Leichtes gewesen, diese als fleißige, wohlstandsfördernde Bürger von hoher Kulturstufe für den jungen Staat zu gewinnen. Aber gleich die ersten Jahre brachten für die Deutschen eine Verfolgung nach der anderen, beginnend von der Zerstörung der Mariensäule auf dem Altstädter Ring vom 2. Dezember 1918 über die schweren Gewalttaten vom 3. März 1919 bis zur Beschlagnahme des Deutschen Theaters im November 1920, ganz zu schweigen von unzähligen blutigen Ausschreitungen, ganz zu schweigen auch von der ständigen Vergewaltigung des Sudeten-Deutschtums. Dieses Deutschtum aber ist ein ebenso hochwertiger wie uralter Kulturbestandteil der böhmischen Länder; das „Freiheitsprivileg“ der Deutschen stammt aus der Zeit Wraislaws II., also schon aus der 2. Hälfte des 11. Jahrhunderts.

Schon sehr bald nach der inneren Konsolidierung des jungen Staates begann die Tschechoslowakei auch die ehrwürdigen Rechte der Deutschen Universität in Prag scharf einzuengen, wohl aus der Erkenntnis heraus, daß diese in der ganzen Welt hochangesehene Hochschule das geistige Zentrum des Deutschtums dort ist. Am 19. Februar 1920 hat die tschechische Nationalversammlung das „Gesetz über das Verhältnis der Prager Universitäten“ ohne Aussprache angenommen, das einen schweren Schlag gegen das Deutschtum darstellte. Die Annahme erfolgte durch eine gesetzgebende Körperschaft, in der der große deutsche Bevölkerungsanteil überhaupt nicht vertreten war. Da das Gesetz auch dem von der Tschechoslowakei selbst am 10. September 1919 unterzeichneten Minderheitenkonventionen in zwei Artikeln widersprach, legte der Akademische Senat Rechtsverwahrung ein. Er konnte dabei u. a. darauf verweisen, daß das Gesetz auf zwei geschichtlichen Fälschungen beruhte, nämlich als wenn die Tschechische Universität allein die Nachfolgerin der Hochschule Karls IV. sei und als wenn dieser sie nicht in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser, sondern nur als König von Böhmen gegründet habe.

Die neue schändliche Maßnahme, durch die die Klüfte zwischen den Deutschen und Tschechen erneut aufgerissen und vertieft wird, bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege, die Prager Deutsche Universität „ihrer beinahe sechs Jahrhunderte zählenden Geschichte zu enteignen“, wie es schon in einer Eingabe der Hochschulleitung an die Regierung im Februar 1930 heißt. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sind im großen ganzen normal. Es ist nicht einzusehen, daß dieses Verhältnis durch die schwere Herausforderung des Deutschtums wieder getrübt werden mußte, um so weniger, als die Deutschen in der Tschechei ihren staatsbürgerlichen Pflichten stets aufs strengste nachgekommen sind.

### Die Prager Insignien den Tschechen übergeben.

An Vertreter des Unterrichtsministeriums.

Auf Grund der Vereinbarung des Rektors der Prager Deutschen Universität, Prof. Dr. Großer, mit dem Unterrichtsminister erschien eine viergliedrige Abordnung des Unterrichtsministeriums, bestehend aus einem Präsidialrat, zwei Sektionschefs und einem Ministerialrat, im Rektorat der Prager Deutschen Universität. Hier wurden ihnen vom deutschen Rektor die Insignien der alten Karlsuniversität übergeben. Es sind dies die 15 goldenen Ketten der akademischen Würdenträger, das alte goldene Repter des Rektors, die vier Repter der einzelnen Fakultäten und das alte Siegel aus dem Jahre 1348. Die alten Gewänder und Bilder blieben in den Händen der Deutschen Universität.

Die Übergabe erfolgte in feierlicher und würdiger Weise. Wie verlautet, sollen die Insignien der tschechischen Universität übergeben werden. Für die Auffassung der tschechischen Studentenschaft erscheint bezeichnend, daß sie auf die Nachricht von der erfolgten Übergabe der Insignien eine Art Siegesversammlung auf dem Wenzelplatz abhielt.



Die Menge demonstrierender Studenten vor dem Nationaltheater in Prag.

### Die Wunde von Prag.

Bei den schweren Ausschreitungen der Tschechen gegen die Deutsche Universität in Prag sind nicht weniger als 22 zum Teil schwer verwundete deutsche Studenten zu verzeichnen gewesen. Es kann nach dem Ablauf der Ereignisse keinen Zweifel geben, daß diese blutigen Opfer hätten vermieden werden können, wenn sich der Prager Polizeichef nicht volle 24 Stunden zu spät zu energischem Einsatz seiner Beamten entschlossen hätte. Die Tschechen haben trotz ihrer Kenntnis der entgegenstehenden geschichtlichen Tatsachen auf der Auslieferung der uralten Kleinodien der Deutschen Universität bestanden. Dieser ist wie bei dem Raub der Gründungsurkunde durch die Tschechen nichts anderes übriggeblieben, als der brutalen Gewalt zu weichen.

Die Geschichte der Prager Universität ist zugleich eine Geschichte des verlustreichen Kampfes dieses deutschen Volkswertes gegen die immer schärfer andrängende slowakische Flut, ein Kampf, bei dem sich bekanntlich besonders in den letzten Jahrzehnten der österreichischen Monarchie der Wiener Hof nicht immer auf die deutsche Seite stellte. Die hochberühmte alte Pflanzstätte deutscher Geisteskultur und Wissenschaft ist 1348 von Karl IV. gegründet worden. Schon 1402 begann mit dem damaligen Rektor, dem Reformator Johann Hus, der Kampf gegen das Deutschtum an der Universität. Er setzte es bei König Wenzel durch, daß die Tschechen im Universitätsgericht drei Stimmen, die Deutschen aber nur eine erhielten. So kam es im Jahre 1409 zu dem berühmten Auszug von 400 Professoren und Studenten aus Prag nach Leipzig und der Gründung der dortigen Universität; gerade jetzt im November vor 525 Jahren traf die päpstliche Genehmigungsurkunde in Leipzig ein.

Im Jahre 1882 brachte das Österreichische Universitätsgesetz die Teilung in eine deutsche und eine tschechische Hochschule. Diese Teilung enthielt schon den Keim der späteren tschechischen Raubakte gegenüber der Deutschen

## Frankreichs Politik am Pranger

### „Die ewige Gefahr für den Weltfrieden.“

Schärfste Angriffe eines Hearst-Blattes auf Frankreich.

Das führende Hearst-Blatt „New York American“ veröffentlicht unter der ganzseitigen Überschrift „Französische Unehrlichkeit und französischer Militarismus“ einen sensationellen Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

Selbst wenn Frankreich auf keinen Krieg hinzielt, so ist doch klar, daß es wenig tut, um einen solchen zu verhindern oder auch nur hinauszuzögern. Immer herausfordernd, stellt Frankreich die ewige Gefahr für den Weltfrieden dar, während es formweise seine Ergebenheit zu ihm vorschützt.

Nach einem kurzen Überblick über die Bedingungen des Versailler Vertrages, soweit sie das Saargebiet betreffen, und nach Wiedergabe von Äußerungen französischer Politiker, im Notfalle französische Truppen ins Saargebiet marschieren zu lassen, fährt „New York American“ fort: Schon in diesem Punkt geht aus Frankreichs Haltung klar hervor, daß es den Geist des Versailler Vertrages verfehlt und entschlossen ist, diesen lieber vollkommen null und nichtig zu machen, als die gewinnbringende Befestigung des Saargebietes aufzugeben, obwohl diese ursprünglich nur als zeitweilige Erklärung worden war. Die Vertragsbedingungen werden jetzt als „mindestens zweifelhaft“ bezeichnet.

Da habe man, so unterstreicht das Blatt, die typisch französische Haltung, wenn sich eine Vertragsverweigerung antündigt. Zuerst verwirrt Frankreich die Grundfrage; dann stellt es die bindende Wirkung seines Versprechens in Frage; dann bringt es künstliche Behauptungen vor — in diesem Falle die angebliche deutsche Einmischung in die Freiheit zur Volksabstimmung; und schließlich erklärt es in großspuriger Selbstbestreitung von allen Eigenverpflichtungen, daß es durch das Lieben des Schwertes nur eine „internationale Mission“ durchführe, die die Zivilisation ihm aufgezwungen habe.

Solche Taktiken auf die Saarabstimmung angewendet, sind nichts anderes, als eine Mischung von Frechheit und Unehrlichkeit, so folgert das Blatt.

„New York American“ fährt fort: Wenn die im Versailler Vertrag eigens vorgesehene Saarabstimmung zufällig gegen Frankreich ausfallen sollte, dann darf Frankreich nach seiner Meinung straflos den Versailler Vertrag und den Willen des Saarvolkes außer acht lassen, selbst wenn seine Haltung die Welt in einen neuen Krieg stürzen sollte.

Das Blatt schließt: Falls der Versailler Vertrag, der zu neun Zehnteln zugunsten Frankreichs war, teilweise widerrufen wird, dann sollte er als Ganzes annulliert werden, auf keinen Fall aber darf die selbstdienliche Doppelmöglichkeit Frankreichs einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören.

Die Äußerung, die General Smuts kürzlich in seiner Rede getan hat, daß das Gerede vom Kriege eine Kriegsatomphäre schafft und mehr als alles andere ge-